ZECK

das info aus der flora

Nr. 68 | April 1998

ALTONA STADT IM GRÜNEN 1)



DOKUMENTATION
über Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Geschichte eines großen Stadtbezirkes







1) Grün: ***Grüne Parkanlagen nach rot-grünen Platzverweisen durch grüne PolizistInnen***

Vorwort

grün; I. Kleinschreibung: a) Er ist mir nicht grün (ugs. für gewogen); b) am grünen Tisch; der grüne Star; die grüne Grenze; die grüne Minna (ugs. für Polizeiauto); grüne Welle (durchlaufendes Grün bei Signalanlagen); die grüne Hochzeit; die grüne Versicherungskarte; die grüne Hölle (trop. Urwald); die grüne Lunge (Grünflächen) der Großstadt; eine grüne Witwe (im Grünen in der Umgebung von Großstädten wohnende Frau, deren Mann tagsüber beruflich abwesend ist); die grünen Listen (Umweltschutzparteien); ein grüner (ugs. für unerfahrener) Junge; ach du grüne Neune (ugs. Ausruf des Erstaunens). II. Großschreibung: a) das ist dasselbe in Grün (ugs. für (fast) ganz dasselbe); die Grünen (Umweltschutz-partei); b) der Grüne Donnerstag; die Grüne Insel (Irland); die Grüne Woche; das Grüne Gewölbe (Kunstsammlung in Dresden); der Grüne Plan (staatl. Plan zur Unterstützung der Landwirtschaft); vgl. blau; Grün, das; -s, -u (ugs.) -s (grüne Farbe); das erste _; Bei Grün darf man die Strasse überqueren; Die Am-pel steht auf, zeigt Grün; vgl. Blau; Grünalge, Grünanlage; Grünblau.

(Aus: Duden, die Rechtschreibung, 19. Auflage, 1986)

Inhalt



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Aufruf zu Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig !

(aus dem Aufruf:)

Zwischen 10-15.000 TeilnehmerInnen werden von der JN/NPD zu ihrem Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig erwartet. Nach den Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung wäre dies der größte Naziaufmarsch in der Geschichte der BRD. Das Motto der NPD-Demo lautet: "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche". Er ist seit einem Jahr angemeldet und von der NPD als Wahlkampfveranstaltung deklariert.

Die NPD/JN in Sachsen gilt als Auffangbecken sowohl für militante als auch nichtmilitante FaschistInnen. Aber spätestens seit dem Naziaufmarsch in München gegen die Wehrmachtsausstellung ist sie die aktivste und bedeutungsreichste Organisation im rechten Lager geworden. Von den 5.000 MitgliederInnen, die die NPD bundesweit hat, kommen 1.000 allein aus Sachsen. Und das wird in Sachsen auch deutlich: das Konzept der "befreiten Zonen" ist größtenteils umgesetzt. Dies bedeutet: Akzeptanz der Naziaktivitäten in der Bevölkerung dank des rechten Konsens; nicht akzeptierte Menchen, vor allem MigrantInnen, sind vertrieen, jede Woche eine Nazi-Party oder Konert mit zum Teil über 1.000 TeilnehmerInnen und zuguterletzt alle Vierteljahre ein Naziaufmarsch allein in Sachsen.

Die Integration von militanten Nazis in die Parteistrukturen ist der NPD ein wichtiges Anliegen. Sog. "autonome Kameradschaften" finden den Weg in die Parteistrukturen ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Auch die MitgliederInnen der "Nationalen" traten nach ihrer Selbstauflösung zum ganz überwiegenden Teil in die NPD ein.

Aber auch bei den bundesweiten und internationalen Parteiaktionen der NPD spielen die Nazis aus Sachsen eine wichtige Rolle. So fuhren zu früheren Demonstrationen stets mehrere Busse mit Nazis aus Dresden, Leipzig, Wurzen und Weißwasser. Auf dem Bundesparteitag in Passau stellte der Sächsische Landesverband den Saalschutz. Desweiteren fuhr ein Bus mit 60 Nazis zu "Franco-Gedenktagen" in Spanien ebenfalls aus Sachsen ab.

Es ist nicht geplant, in sicherer Entfernung von den Faschos eine Demonstration durchzuführen, denn wir wollen den Fascho-Aufmarsch verhindern! Das geht natürlich nur dort, wo die Faschos sind. Kommt deshalb alle zu den Treffpunkten:

1. Völkerschlachtdenkmal, ab 8.00 Uhr
(Um 11.00 Uhr soll dort der Faschoaufmarsch beginnen)
2. Sachsenplatz, 9.00 Uhr
3. Weißenplatz, 9.00 Uhr

Nähere Informationen unter 0341-9405407 (Infoschleife)
und 0177-335114700: Mo.: 20-22 Uhr; Do 16-20 Uhr, ansonsten Anrufbeantworter



Zur Erinnerung ...

Am 15. April beginnt in Göttingen der Prozeß gegen 5 Menschen aus linksradikalen Zusammenhängen, denen vorgeworfen wird, am 26.10.91 in Mackenrode an Auseinandersetzungen mit Nazis aus dem Umfeld des damaligen FAP-Funktionärs Karl Polacek beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurden vier der Nazis schwerer und einige leicht verletzt. Die Anklage lautet jetzt auf Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung sowie in jeweils einem Fall versuchte Brandstiftung bzw. versuchter Totschlag.

In der letzten ZECK druckten wir einen ausführlichen Bericht zu Vorgeschichte und Hintergrund und Informationen zum jetzt anstehenden Verfahren ab. Die Mackenroder Soligruppe war so freundlich uns nochmal ihre gesamte Pressemappe zu dem Thema zuzusenden, so daß alle die noch mehr Details wissen wollen, diese ab sofort in unserem Ordner finden können.

An dieser Stelle nur noch mal die anstehenden Termine für den Prozeß:

15.4. 9 Uhr, 21.4., 23.4., 28.4., 30.4., 5.5 usw jeweils im Landgericht Göttingen, Berliner Straße

Vorab findet am 2.4. noch eine Pressekonferenz statt.

Kontakt über:
Mackenrode Soligruppe
c/o Buchladen
Nikolaihof 7
37073 Göttingen

Gründungstreffen des weltweiten Netzwerks Peoples Global Action

Im Februar diesen Jahres trafen sich 400 Abgesandte von Basisbewegungen aus allen fünf Kontinenten zur Gründung eines weltweiten Netzwerkes unter dem gemeinsamen Nenner einer konfrontativen Haltung gegenüber Freihandel repräsentiert durch die Welthandelsorganisation (zunächst GATT, dan WTO). Ihr Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich dazu zu bringen, mit zivilem Ungehorsam und direkten gewaltfreien Aktionen Widerstand gegen neoliberale Politik zu leisten. Besonders richtet sich ihre Kritik gegen die Vorbereitung der Zukunft in Form des derzeit von den OECD-Ländern verhandelten Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI). Ein solches Abkommen sollte bereits Bestandteil der WTO sein, wurde aber aufgrund der Befürchtung, es könne in diesem Rahmen keine Einigung erzielt werden, erst anschließend und ausschließlich unter den OECD-Staaten verhandelt. Ausdrücklich zielt es jedoch auf den Beitritt weiterer Länder.

Auf dieser ersten Konferenz der Peoples Global Action wurde von den TeilnehmerInnen aus allen Teilen der Welt von Widerstandsaktionen gegen neoliberale Politik berichtet; mit Peoples Global Action sollen diese vereinzelten Widerstände vernetzt werden. Parallel zur WTO-Tagung im Mai diesen Jahres in Genf werden den RepräsentantInnen der Bewegung zugegen sein, um die Presse über Proteste und direkte Aktionen in den einzelnen Kontinenten zu informieren. Die geplanten Aktionen zu diesem Termin verstärkt zu koordinieren, war das Hauptmotiv für das Treffen.

Weiteres und Genaueres könnt ihr erfahren bei dem
Vernetzungstreffen, am 5.4. von 15-ca.18 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12

<u>geplanter Ablauf:</u>

1. Kurzreferat zu MAI (Multilateral Agreement on Investments)
2. Bericht vom Genfer Gründungstreffen von PGA (Peoples Global Action)
3. Arbeitsphase in Kleingruppen zu inhaltlichen Schwerpunkten der Gruppen
4. Planung von (gemeinsamen) Hamburger Aktionen im Mai gegen MAI und WTO-Politik

Kontakt: Zapapres, Nernstweg 32.34, 22765 Hamburg





Castor

Ausgetrixt wurde der Widerstand gegen den Castor-Transport nach Ahaus. Die Strategie, den Transport auf den 20.3. vorzuverlegen und damit die Proteste ins Leere laufen zu lassen, ging weitgehend auf. Drei Tage später wären weitaus mehr Anti-CastorInnen nach NRW gekommen und die Bullen hätten mehr Schwierigkeiten bekommen. Dennoch konnten auch kurzfristig zigtausende Menschen mobilisiert werden, denen es mehrmals gelang den Transport ins Stokken zu bringen.
Die Bullen lernen - Wir auch !
Der nächste Castor-Termin kommt bestimmt, vorraussichtlich im Herbst nach der Bundestagswahl, diesmal wieder nach Gorleben.
Deshalb: Let`s get organized !

Konkretes Kaderfrühstück

Zum bereits 3. KONKRET Kaderfrühstück wird bei Erscheinen dieser Ausgabe geladen worden sein. Anläßlich des 100. Geburtstages von Sergej Eisenstein wird nach dem Zeigen des Films „Die Generallinie" Kay Sokolowsky über Werk und Wirkung Eisensteins berichtet haben und sich dabei auch auf seinen in der aktuellen KONKRET-Ausgabe erschienen Artikel „100 Jahre Eisenstein" bezogen haben. Danach wird Günter Jacob die Rezeption und Ikonisierung Eisensteins in der Geschichte der deutschen Linken thematisiert haben. Das ganze hat bereits am Freitag, den 3. April um 19.00 Uhr in der W 3 stattgefunden und weil die ZECK immer ein wenig zu spät ist, werden wir auch in Zukunft vom Leben gestraft nicht pünktlich zum Kaderfrühstück der KONKRET kommen können - aber bitte, wer frühstückt denn freitags um 19.00 Uhr ...?

Film-Cafe am Mittwoch!

Als neue Attraktion eröffnet das Film-Cafe am Mittwoch ab April in der Flora. Ab dem 1.4. alle 14 Tage um 18.00 Uhr in der Vokü.
Die ersten Filme sind:
01.4.: „Der Rote Korsar" (mit Prämierung des schönsten Holzbeins)
15.4.: „Jim Knopf und die wilde 13"
28.4.: „Sein oder Nicht Sein"

(Anm.: Das Film-Cafe am Mittwoch ersetzt nicht das Flimmern und Plauschen am Sonntagnachmittag, das wenigstens im April noch stattfindet!)

1. Weltfestspiele der HausbesetzerInnen

am 24. April 98 in Leipzig

Mit Weltrekordversuch: Die meisten Hausbesetzungen in 24 Stunden!

Kommt nach Leipzig, am besten schon einen Tag eher, bringt Essen, Werkzeug, Transpis, Schlafsack mit, informiert euch über Plakate oder Internet über leerstehende Häuser, sucht euch was Schönes aus und belebt es; ruft dann bei noch bekanntzugebenden Telefonnummern an, daß was besetzt ist. Damit fangen die 24 Stunden für den Guinnessbuch-Weltrekord wie auch für die Leipziger Linie (keine Neubesetzungen und Räumung innerhalb von 24 Stunden) an zu zählen. Die Stopuhr läuft ab Freitag, 24.4. 15 Uhr.
Ob alle Häuser geräumt sind oder nicht, am Abend gibt's eine fetzige gemeinsame Abschlußaktion!
Zeigen wir den Nazis vor dem 1. Mai, daß wir verdammt viele sind!
(Aus dem Leipziger Aufrufflugblatt)

... das waren die siebziger Jahre

Die 70`er Jahre? Da war doch was zwischen Willy Brandts Berufsverboten von 1972 und dem Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979. Genau. Und nicht nur deutsche Schlager und Plateausohlen, die derzeit ein Revival erleben.
Zum Beispiel auch Brokdorfdemos und Ostverträge, Chileputsch und Sieg in Vietnam, K-Gruppen, Revis und Spontis, Reformpolitik und Widerstand, RAF und 129 a, Frauengruppen und erste Frauenhäuser, so viel mehr und was war nochmal Strobo?...

Ein sehr abendfüllendes Programm wäre das also. Um den Rahmen nicht zu sprengen geht es nur mit subjektiv gewählten Schwerpunkten, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben einige Menschen eingeladen, die damals aktiv waren und es heute noch sind. Sie werden erzählen, Fragen beantworten und diskutieren... am **dienstag den 7.April um 20 Uhr in der B5.**



Vorlesungsreihe zum Nürnberger Ärzteprozeß

Jeweils mittwochs von 19-21 Uhr findet in der Uni (Philturm, Hörsaal C) eine Vorlesungsreihe zum Nürnberger Ärzteprozeß statt. Im April gibt es folgende Veranstaltungen:

22.4.
Vorgeschichte und Verlauf des Prozesses
Prof. Dr. Paul Weindling, Wellcome Unit for History of Medicine, University of Oxford
Zur Edition der Quellen
Karsten Linne, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

29.4.
Die soziale Lage der Ärzte im NS-Staat
Prof. Dr. Michael Kater, History of Medicine Program, University of Toronto

6.5.
Die »hygienische Revolution« im medizinischen Denken
Prof. Dr. Alfons Labisch, Institut für Geschichte der Medizin, Universität Düsseldorf

So ist's in Ordnung

"Reclaim the Streets"
Umzug mit Platzverweisen erteilen auf der Nobelmeile vom Gerhard Hauptmann Platz zum Hauptbahnhof

"Ayse und Arthur in Copland"
Kontrolleure kontrollieren mit Infoflugies am Hauptbahnhof

"Weil was nicht stimmt ..."
Agit-Prop-Flugis verteilen

"Handwerk hat goldenen Boden"
Große und feierliche Eröffnung einer temporären Zone

"Spiel ohne Grenzen in der Wandelhalle"
Frühstücken in der Wandelhalle, Sicherheitsnetz ausbreiten u.v.m.
Überlegt euch was!

Aktionstag
Samstag 18.4. 11.00 Uhr

Gerhard Hauptmann Platz
(Ab 12.00 Uhr direkt am Hauptbahnhof)
Gegen Vertreibung der Drogenszene und rassistische Angriffe am Hamburger Hauptbahnhof

Die Stadt gehört allen ...
Autonome und Antirassistische Gruppen

Vorbereitungstreffen zum Aktionstag am Hamburger Hauptbahnhof gegen die Vertreibung der Drogenszene und rassistische Übergriffe.

Der Aktionstag soll inhaltlich an die Innenstadtaktionstage anknüpfen, der Schwerpunkt soll diesmal aber die massive Vertreibung der Drogenszene und die rassistischen Übergriffe von Wachschutz und Bullen sein. Über die Verknüpfung von unterschiedlichen Aktivitäten soll die Breite der politischen Kritik an »zero tolerance«-Zonen und neuer innerer Stadtplanung zum Ausdruck kommen.
Ziel soll sein, die Normalität am Hauptbahnhof aufzubrechen und mit vielfältigem Gewusel Möglichkeiten zum Handeln zu schaffen. Der Schwerpunkt soll eher auf Provo und nicht auf Info liegen. Aufgrund der totalen Kameraüberwachung am Hauptbahnhof soll es im Großen und Ganzen eher um »bewußt kalkulierte« Aktionen gehen.
Bereits vorbereitet werden die nebenstehenden Aktionen.
Neu auf dem Treffen war ein Zusammenhang der letzten Innenstadtaktionstage, der sich ebenfalls mit der Vorbereitung eines Aktionstages am Hauptbahnhof beschäftigt. Bundesweit gab es bereits mehrere Treffen, auf denen Aktionen im Rahmen einer zweiten Innenstadtaktionswoche angedacht wurden. Als Schwerpunktidee stand auch dort die Rolle der Bahnhöfe im Mittelpunkt.
Der Termin für den Aktionstag wurde noch einmal zwei Wochen nach hinten verschoben. Beteiligt euch an der Vorbereitung oder mit eigenen Aktionen.

Nächste Treffen: Mittwoch 1.4. und 14.4., jeweils 18.30 Uhr in der Roten Flora (Vokü)

FSK, 93.0 Mhz

Seit dem 1.1. 98 sendet fsk auf der neuen Frequenz. Es sind in der letzten Zeit erfreulicherweise einige neue FördermitgliederInnen dazugekommen - aber noch lange nicht genug. FSK muß wesentlich mehr Geld aus Fördermitgliedschaftsbeiträgen einnehmen, denn viele Vorhaben der Programmgestaltung werden durch Organisationsprobleme und fehlende Technik erschwert.
Vor allem haben wir aber seit dem Lizenserhalt höhere, bzw. ganz neue Kosten, wie GEMA/GVL-Gebühren, höhere Telekom-Gebühren und Miete für zusätzlich benötigte Räume und auch höhere Aufwendungen für Büromaterial, Buchhaltung und den Betriebsablauf. Nicht jedoch für die Produktion von Sendungen, wie sich für ein nichtkommerzielles freies Radio versteht.
Wir können noch lange nicht alle diese Kosten durch unsere Einnahmen decken! Die Fördermitglieder sind, nicht zuletzt um unabhängig von öffentlichenGeldern zu sein, die ausschließliche Einnahmequelle des FSK für den Sendebetrieb.
Also: werdet FördermitgliederInnen !
Telefon Anrufbeantworter: 040-434324



Entschädigung für Siemens-zwangsarbeiterInnen !

Seit dem 15.Januar diesen Jahres vermittelt „das taxi" keine Touren mehr, die in einem erkennbaren Zusammenhang mit Siemes stehen. Damit soll der Forderung nach der längst überfälligen 'Entschädigung' der überlebenden SiemenszwangsarbeiterInnen bzw. für deren Hinterbliebene Nachdruck verliehen werden. Etwa ein Drittel der 200.000 zwischen 1940 bis 1945 bei Siemens Beschäftigten leisteten Zwangsarbeit, viele von ihnen waren Häftlinge der Konzentrationslager Ravensbrück, Auschwitz, Buchenwald und Groß-Rosen. Mit zwei Veranstaltungen will „das taxi" seine Kampagne fortführen. Am 2. April wird im 3001-Kino ab 18.45 Uhr der Film „Vernichtung durch Arbeit" von Lea Rosh gezeigt. Der Film zeigt die Zusammenarbeit von Industrie und NS-Bürokratie beim Prozeß der systematischen Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen, der Teil eines umfangreichen Vernichtungsprogramms der nationalsozialistischen Machthaber darstellt. Am 9. April findet um 19.00 Uhr im Haus für Alle eine Veranstaltung zur Zwangsarbeit bei Siemens statt. Esther Bejerano, Vorsitzende des Lagerkomitees Auschwitz berichtet über ihren Zwangsarbeitseinsatz bei Siemens, Ursula Krause-Schmitt über den Stand der Forschung über Zwangsarbeit bei Siemens.

Wrocklage und die Brandstifter

Am Montag, den 23. März hat der in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche "Fixstern" vorläufig schließen müssen. Die einzige niedrigschwellige Drogenhilfeeinrichtung im Schanzenviertel mit einem Druckraum mußte wegen völliger Überlastung schließen. Die MitarbeiterInnen konnten einen verantwortbaren Betrieb nicht mehr gewährleisten. Verantwortlich für den Kollaps des "Fixstern" ist ein völlig verfehltes drogenpolitisches Konzept in Hamburg, vor allem aber die sinnlose und menschenverachtende Vertreibungspolitik der Hamburger Polizei. Ihre Einsatzszenarien einer "sauberen City" haben systematisch die Drogenszene aus dem Innenstadtbereich zunächst an den Sternschanzenbahnhof und mit mehreren Zwischenetappen zur Roten Flora bzw. des Bereichs um den "Fixstern" getrieben. Das führte zu einer vermehrten Nutzung der Angebote, der der "Fixstern" nicht mehr gewachsen war. Nach eigenen Angaben hat die Einrichtung zuletzt das Arbeitsvolumen dreier Einrichtungen bewältigt. Die unter anderem völlige Überlastung des Druckraums führte dazu, daß DrogenkonsumentInnen gezwungen waren, zum Drücken in in unmittelbare Umgebung auszuweichen. Nicht zuletzt deswegen wurde im Dezember unmittelbar hinter der Roten Flora für DrogenkonsumentInnen durch das Projekt eine zumindest provisorische und notdürftige Möglichkeit zum Fixen geschaffen. Dort hat die Polizei seit dem 26. März wie auch in weiteren Straßenzügen des Schanzenviertels mit Platzverweisen begonnen, wobei dieses Vorgehen mit einer ganzen Hundertschaft Bereitschaftspolizei abgesichert wird. Damit leitet sie eine weitere Runde der Vertreibung nach "Nirgendwo" ein. Die Vertreibungsaktion der Polizei beginnt zu einem Zeitpunkt, wo durch die vorläufige Schließung des "Fixsterns" ohnehin die Situation für DrogenkonsumentInnen schwierig ist. Nachdem sich in den letzten Monaten polizeiliche Aktivitäten vor allem gegen die schwarzafrikanischen Dealer richteten, sorgt die neuerliche Polizeiaktion für ein völliges Aufmischen der Drogenszene. Vorläufig darf sich die Polizei dabei der Zustimmung einer Mehrheit (?) der BewohnerInnen im Stadtteil sicher sein. Obwohl eigentlich jedeR seit zwei Jahren im Stadtteil mitansehen konnte, daß die polizeiliche Auflösung einer Drogenszene nicht möglich ist, halten zu viele das immer noch für die einzig vorstellbare Politik. Die Einfalt geht dabei so weit, daß manchmal der "Fixstern", aber neuerdings immer das Projekt Rote Flora mit seiner Haltung für die Situation im Stadtteil verantwortlich gemacht wird. Auf einem Treffen am 24. März im "Fixstern" äußerten daher folgerichtig schon einzelne NachbarInnen der Flora, man müsse die Flora wegen ihres Eintretens für Dealer und Junkies öffentlich angehen. Das stellt natürlich die Fakten auf den Kopf, denn ironischerweise hat die Flora neben der professionellen Arbeit des "Fixsterns" nicht nur unbezahlte Sozialarbeit geleistet, sondern durch die ausdrückliche Billigung des Fixens und Dealens unmittelbar ums Projekt herum einen Großteil der negativen Begleiterscheinungen einer offenen Drogenszene im Viertel abgefedert. Der systemstabilisierende Reformismus ging zuletzt soweit, daß FloristInnen einen Erste-Hilfe-Kurs für Drogennotfälle absolvierten und seit der Schließung des "Fixsterns" mobile Klos auf Kosten der Flora aufgestellt haben. Und mutmaßlich wird das von sovielen herbeigesehnte Durchgreifen der Polizei die Situation im Stadtteil verschlechtern. Und während die Polizei auf den verschiedensten Kanälen, vom Revierleiter der Wache 16 bis hin zum Innensenator bemüht war, der Flora zu signalisieren, daß die aktuell laufende Polizeiaktion nicht gegen die Flora gerichtet sei, ist die Politik vollständig auf Tauchstation gegangen. Zwar ließ der Drogenbeauftragte Bossong Ende März durchblicken, entgegen bisheriger Ausagen sei ein zweiter Druckraum für das Schanzenviertel doch noch in diesem Jahr realisierbar: de facto wird damit aber lediglich die bisherige Überlastung des Fixstern aufgefangen werden können, so daß es eine echte Entspannung der Situation für die DrogenkonsumentInnen nicht geben wird. Und da die scheinheilige Trennung von Konsum und Erwerb illegalisierter Drogen außer von den Drogenhilfeeinrichtungen und neuerdings in Ansätzen von der "Ersten Hilfe Sternschanze" (und der Flora, die ja deswegen Dealer schützt) durch niemanden öffentlich thematisiert wird, wird sich auch an der Hetze gegenüber den schwarzafrikanischen Dealern vorläufig nichts ändern. Was bleibt, sind NachbarInnen, die scheißliberal Fixerräume selbstverständlich gut finden, aber wenig dazu im Kopf haben, wo denn der dort zu konsumierende Stoff herkommen soll, wenn nicht von Dealern, deren konsequente Vertreibung durch die Polizei gleichzeitig gefordert wird. Natürlich wissen alle im Schanzenviertel, daß letztlich nur die Legalisierung die Lösung der Drogenproblematik bringt, aber "es muß doch jetzt etwas passieren". Und dann stehen die freundlichen NachbarInnen mit offenem Mund ("Das haben wir ja nicht gewollt..") dabei, wenn die DrogenkonsumentInnen, denen mensch doch schonmal die eine oder andere Mark zusteckt, durch die Polizei - nicht faul -gleich mit abräumt. Käme jemandE auf die Idee, einen Brandstifter mit dem Löschen des von ihm gelegten Feuers zu beauftragen, würde sie/er nicht ohne Grund für bescheuert erklärt. In Hamburg jedoch ist soetwas "offizielle Politik" und die macht bekanntlich im Schanzenviertel ohnehin die Polizei.

der Kontaktbereichsautonome



Wir sind solcher Stoff, wie der zu Träumen
Und dies kleine Leben umfaßt ein Schlaf

Nina

Flora VA-Gruppe

Auf zum antirassistischen Sommer

Zum Stand der Kampagne »kein mensch ist illegal«

Ende Juni letzten Jahres wurde der Aufruf zur Initiative "kein mensch ist illegal" von 30 Gruppen aus den antirassistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereichen der Flüchtlingsunterstützung beschlossen und seither mittels einer Reihe von Pressekonferenzen, Unterschriftensammlungen, einer Großanzeige in der Frankfurter Rundschau, einer achtseitigen taz-Beilage, Radiosendungen und lokalen Veranstaltungen weiter verbreitet. (siehe ak 405) Nach drei bundesweiten Arbeitstreffen mit steigender TeilnehmerInnenzahl soll nun eine Art Zwischenbilanz gezogen werden. Dies wird mit einem Ausblick auf die geplanten Aktivitäten im Sommer '98 verbunden.

In den Diskussionen antirassistischer Gruppen, die vor dem Aufruf geführt wurden und aus denen dieser dann hervorging, wurde festgestellt, daß die antirassistische Bewegung "auf politischer Ebene den (...) Verschärfungen, der sicherheitspolitischen Debatte über Innenstadtkontrollen und organisierte Kriminalität, den verstärkten Grenzkontrollen und dem Abschiebeterror wenig entgegenzusetzen" habe. "Aber wir sehen eine ganze Menge Gruppen und Zusammenhänge, die doch relativ beständig Unterstützungsarbeit leisten, die für sich Umgangsweisen oder Vermittlungen zwischen politischer Öffentlichkeitsarbeit und ,sozialer Kleinarbeit' gefunden haben, die immer wieder Kontakte und Erfahrungen mit - auch illegalisierten - Migrantinnen haben oder suchen." (1)

Ziele der Kampagne

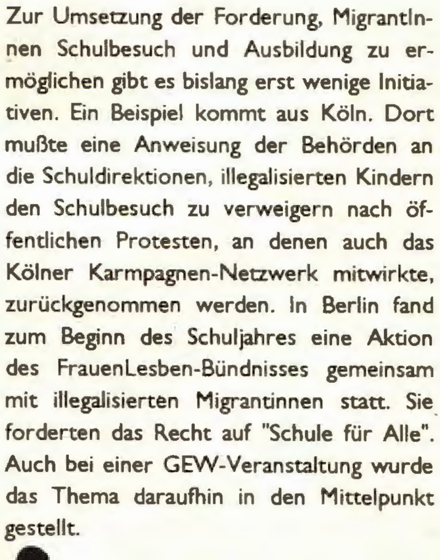
Der Aufruf zur Kampagne "kein mensch ist illegal" ist ein Versuch, den aktiven Gruppen und Zusammenhängen über die grundlegende Forderung nach uneingeschränkten Menschenrechten für Flüchtlinge und Migrantinnen hinaus einen gemeinsamen politischen Rahmen zu geben. Dieses "Angebot" wurde angenommen, wie mensch an der Breite der den Aufruf unterzeichnenden Gruppen und Einzelpersonen erkennen kann. Göttingen und Köln sind hier als besonders positive Beispiele zu nennen. In Göttingen wurde die Kampagne genutzt, nach jahrelanger Distanz zwischen antirassistischen und kirchlichen Gruppen ein gemeinsames Bündnis zu bilden. (siehe ak 409) In Köln wird die aktuelle Protestaktion illegalisierter kurdischer Flüchtlinge gemeinsam vom lokalen Kampagnen-Netzwerk und den Kirchen unterstützt. Auch in Berlin, München, Hamburg, Stuttgart sind lokale Initiativen und Bündnisse entstanden. Sie haben unterschiedliche Zusammensetzungen und Prioritäten. An weiteren Orten werden lokale Ereignisse mit der Losung "kein mensch ist illegal" verknüpft, so z.B. bei den Unterstützungsaktionen für Hungerstreikende im Abschiebeknast von Rottenburg, bei einer Bündnis-Demonstration gegen Massenabschiebungen in Oberhausen und beim Aktionstag zum Tag der Menschenrechte am Frankfurter Flughafen.

Die Kampagne bietet so einerseits ein Dach für ohnehin anstehende Aktionen der Unterstützung von Flüchtlingen, andererseits ist sie der Anlaß für gemeinsame politische und praktische Aktivitäten. Das kann bereits als Erfolg gewertet werden. Über lokale Bündnisse und Aktivitäten hinaus sind die bundesweiten Arbeitstreffen der Kampagne ein Forum, um einzelne Bereiche der Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge gezielter zu thematisieren. So wird derzeit die Verbesserung der medizinischen Versorgung Illegalisierter diskutiert. Die bestehenden Büros und Anlaufstellen in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg, Bielefeld sollen zudem vernetzt werden. Weitere Projekte zur medizinischen Versorgung Illegalisierter sind derzeit im Entstehen bzw. geplant. Auch hier kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden. Aber: erklärtes politisches Ziel dieser Projekte ist es, illegalisierten MigrantInnen den Zugang zur allgemeinen Gesundheitsversorgung zu verschaffen und sich letztlich wieder entbehrlich zu machen.

Ein weiteres wichtiges Thema bei den Arbeitstreffen ist die - private oder kommerziell betriebene - Fluchthilfe, gemeinhin bekannt und verteufelt als "kriminelle Schlepperei" und "Schleuserei". In der Arbeitsgruppe wurden erstmals Überlegungen angestellt, wie der bisher von seiten der FlüchtlingsunterstützerInnen tabuisierte Bereich notwendiger Flüchtlingshilfe "entdämonisiert" werden könne. Erste praktische Resultate sind der "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung" (2) und mehrere Veranstaltungen zum Thema. Darin wird die Notwendigkeit dieser Dienstleistung "Fluchthilfe" verdeutlicht.

Zur Umsetzung der Forderung, MigrantInnen Schulbesuch und Ausbildung zu ermöglichen gibt es bislang erst wenige Initiativen. Ein Beispiel kommt aus Köln. Dort mußte eine Anweisung der Behörden an die Schuldirektionen, illegalisierten Kindern den Schulbesuch zu verweigern nach öffentlichen Protesten, an denen auch das Kölner Karmpagnen-Netzwerk mitwirkte, zurückgenommen werden. In Berlin fand zum Beginn des Schuljahres eine Aktion des FrauenLesben-Bündnisses gemeinsam mit illegalisierten Migrantinnen statt. Sie forderten das Recht auf "Schule für Alle". Auch bei einer GEW-Veranstaltung wurde das Thema daraufhin in den Mittelpunkt gestellt.





Schwierig ist es auch, die Forderung nach Arbeit für Illegalisierte zu verwirklichen. Diese müssen sie sich in der Regel selbst als "Schwarzarbeit" suchen. Es ist notwendig, diese Problematik auch mit GewerkschafterInnen zu diskutieren. Deren Führungen beteiligen sich aber bisher an der unsäglichen Kampagne "illegal ist unsozial" oder lassen - wie bei der IG Bau - verbale rassistische Angriffe gegen ausländische ArbeiterInnen vom Stapel. Mit welchem Ziel solche Diskussionen geführt werden könnten, soll mit einem Passus aus einem Diskussionsbeitrag zur Kampagne verdeutlicht werden: "Die wachsende Zahl von Illegalisierten schafft bekanntlich einen Markt von extrem ausbeutbaren Arbeitskräften; dieser Markt wird genutzt, er drückt auf den ,legal' verfaßten Arbeitsmarkt und hilft, die Deregulierung weiter voranzutreiben. Ein Zusammenhang, der nicht deshalb übersehen werden darf, weil auch Blüm ihn sieht. In Frankreich hat dieser Zusammenhang jedenfalls die Solidarität von Gewerkschaften und sans papiers begründet. (...) Die sans papiers haben den Gewerkschaften klar gemacht, daß eine alte Position der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen von Konkurrenz zwischen illegalisierten und legalen Arbeitskräften in neuer Form praxisleitend sein muß. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedensten Anbietern der Ware Arbeitskraft muß minimiert werden, deshalb gehören auch Illegalisierte in die Gewerkschaften, und beide kämpfen um dasselbe: um ,soziale Menschenrechte'". (3) "Eine Bewegung wie die der Papierlosen, der ,sans papiers' in Frankreich (...) ist hier nicht in Sicht. Gleichwohl müssen wir uns konkret die Frage stellen, wie wir die Kontakte zu Projekten der Selbstorganisierung von MigrantInnen verbessern können, und wie wir ihre Ansätze flankieren können." (4) Gelegenheit dazu besteht im Sommer '98, wenn die vom Internationalen Menschenrechtsverein - eine Flüchtlings- und MigrantInnenorganisation in Bremen - initiierte "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" auf die Reise geht.





Kritik und Diskussionen

Nicht verschwiegen werden soll, daß die Kampagne "kein mensch ist illegal" nicht überall in der antirassistischen und Flüchtlingshilfebewegung ungeteilte Zustimmung erfährt. So wurde der Aufruf von einer antirassistischen Gruppe als "zu reformistisch" erklärt - gleichzeitig unterstützt sie die Kampagne als solche -, andere Gruppen sind abwartend oder distanziert. Begründungen hierfür sind schwer zu erhalten.

Auch haben sich z.B. Pro Asyl als "Dachverband" der Flüchtlingslobby und die Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" bisher nicht zu einer Unterstützung der Initiative bereit erklärt. Letztere übrigens im Gegensatz zum Ökumenischen Netzwerk "Asyl in der Kirche" Nordrhein-Westfalen, das den Aufruf unterzeichnete, allerdings unter dem Vorbehalt, "was manche Formulierung und insbesondere die Feststellung angeht, wonach jeder Mensch das Recht hat, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will." Die Intention des Aufrufs, Menschen ohne Papiere politisch und praktisch zu helfen, unterstützt das Netzwerk dagegen vorbehaltlos.

Da die Kampagne von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen wird, gibt es innerhalb der Kampagne Diskussionsbedarf. Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) kritisierte am Aufruf, daß dort keine Forderung an den Staat enthalten sei. Die ARI findet die "Forderung nach Legalisierung aller in Deutschland lebenden MigrantInnen im Rahmen der Kampagne" sinnvoll und notwendig als Teil eines politischen Vorschlags, der "andere gesellschaftliche Gruppen erreichen kann, also auch Gruppen, die ein anderes Verhältnis zum Staat haben wie wir" und der "im staatlichen Rahmen zu verwirklichen ist".(5)

Diese Vorstellung stieß auf vehemente Widerrede der Initiatorinnen des Aufrufs. Es gehe "im Moment vorrangig darum, eigene Strukturen, Netzwerke und Artikulationsformen auszumachen, aufzubauen und voranzutreiben, um der staatlichen Anerkennungs- und Abschiebemaschinerie entgegentreten zu können", erwiderte die Gruppe [n.s.i.a.m.p.] aus München. Sie sehe darin "die Chance zu einer sozialen und politischen Praxis, die dem Staats-Rassismus auch tatsächlich etwas entgegenzusetzen hat - und sei es kurzfristig oder von vorübergehender Dauer." Und: "Jeder Forderung nach einer Legalisierung von Staats wegen muß, will sie keine Balkonrede sein, eine ,Legalisierung von unten' vorangehen, die den Herrschenden zumindest keine andere Wahl läßt, als Teillösungen zu offerieren." (6)

Beim Arbeitstreffen der Kampagne in Göttingen wurde diese Debatte in einer Arbeitsgruppe fortgeführt. Diese stellte fest, daß "die vorgebrachten Standpunkte einander nicht notwendigerweise ausschließen. Letztlich werde "ein flexibler Umgang (...) einem statischen Verständnis, was zu tun oder zu lassen sei, vorgezogen. (...) Demnach stützten sich politische Forderungen auf die konkrete Lage vor Ort. Sinn mache dann eine regionale Vernetzung für die Unterstützung solcher Forderungen. (7) Das entspricht bereits der Praxis, denn bei lokalen, mit der Kampagne verbundenen Aktivitäten, wie z.B. den Protesten gegen das Schulverbot für illegalisierte Kinder in Köln, werden durchaus ganz konkrete Forderungen gestellt.

Resonanz

Wie jede Kampagne lebt natürlich auch diese von der Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit erfährt. Erste Schritte, die Initiative über die "eigenen Kreise" hinaus bekannt zu machen, waren eine Pressekonferenz in Bonn im Oktober 97 und eine Großanzeige in der Frankfurter Rundschau wenige Tage später. Die darauf erhoffte überregionale Berichterstattung war mäßig. Erst später fand die Kampagne in regionalen Zeitungen und in verschiedenen Radiosendungen Beachtung. Erst eine taz-Beilage im Dezember führte zum verstärkten Medieninteresse. Mittlerweile sind auch zunehmend Fernsehsender interessiert.

Öffentlichkeit sollte kein Selbstzweck sein, deshalb sind die bisherigen Resultate durchaus zufriedenstellend, denn der Aufruf und seine Forderungen werden bei jenen bekannt, an die beides gerichtet ist. Es besteht die Hoffnung und die Erwartung, daß die Kampagne auch zu einer politischen Kraft wird, die dem rassistischen Konsens mit seinen alltäglichen Konsequenzen und in Form weiterer Zuspitzungen der Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen wirkungsvoll entgegentreten möge. Der Ansatz dazu könnte der Vorschlag vom Berliner Kampagnen Bündnis sein, sich als bundesweite Initiative überall regional und lokal gegen die neuerliche Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark zu machen. (8)

Gibt es einen antirassistischen Sommer?!

Beim letzten Kampagnentreffen wurden mehrere überregionale Aktionen diskutiert. Schon beim letzten Treffen in Kassel gab es den Vorschlag, ein Aktionscamp an der Grenze zu Polen und Tschechien durchzuführen. Das Konzept der Einreiseverhinderung von BGS und seiner Hilfstruppen soll öffentlich gestört werden. Dies wurde konkretisiert. Vom 3. bis 7. Juli findet ein FrauenLesben-Camp statt. (9) Das (gemischte) Camp mit dem Motto "Spiel ohne Grenzen" findet einige Wochen später, vom 25. Juli bis 2. August statt. (10) Beide Camps werden nicht als gegenseitige Konkurrenz begriffen, sondern als sich wechselseitig verstärkend. In der "heißen Phase" des Wahlkampfes - von Mitte August bis 20. September - wird die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" durch die BRD ziehen.

Auftaktveranstaltung für den "heißen Sommer" wird eine bundesweite Demonstration zum Frauenabschiebeknast in Neuss am 13. Juni sein. Nach den großen Demos der letzten Jahre zum größten Abschiebeknast in Büren soll mit der Demo in Neuss insbesondere die Situation illegalisierter Frauen thematisiert und den Forderungen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen und nach Anerkennung sexistischer und sexualisierter Verfolgung als Asylgrund Ausdruck verliehen werden. (11)

M., AG3F
(aus: ak)

Anmerkungen:

1) aus: "Entwurf für einen Begleittext zum Aufruf 'kein mensch ist illegal'", Juni 1997
2) "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung", 60 S., 6 DM, Bezug: AG3F Metzgerstr. 8, 63450 Hanau
3) aus: "Gedanken zur Debatte um Sinn und Inhalt der Kampagne von A.K., Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal" 28.11.97, in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 97
4) aus: "Einige gesellschaftliche und politische Einschätzungen" von der Berliner Initiative „kein mensch ist illegal" in: kmii-Rundbrief No. 1, Okt. 97
5) aus: "Eine klare Forderung stellen! Ein Beitrag zur Diskussion über die Kampagne 'kein mensch ist illegal' von Antirassistische Initiative (ARI) e.V. Berlin, u.a. in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 1997
6) aus: "Eigene Strukturen schaffen!" von n.s.i.a.m.p.-München, in: kmii- Rundbrief No. 2, Dez. 1997
7) aus: Protokoll der AG Inhaltliche Diskussion, in: kmii-Rundbrief No. 3, Febr. 1998
8) Kontakt: Berliner Initiative „kein mensch ist illegal", c/o FFM, Gneisenaustr. 2a; 10961 Berlin
9) Kontakt: Symbiose e.V., Stichwort: „Sommerfrische", Kinzigstr. 9, 10247 Berlin, Tel. 030/2947688, Fax 030/29492120
10) Kontakt: Fritz c/o FFM, s.o.
11) Kontakt: Infoladen Anschlag, Heeper Str 132, 33607 Bielefeld

---

Thüringen: Chemokeule gegen AntifaschistInnen

Trotz massiver Behinderungen durch die Polizei kamen am 14.3.98 mehr als 5000 AntifaschistInnen nach Saalfeld, um an einer Demonstration „Gegen jeden rechten Konsens" teilzunehmen.

Schon bei der Anfahrt wurden rund 700 überwiegend aus Berlin und Leipzig stammende DemonstrationsteilnehmerInnen auf der Bundesstraße 88 zehn Kilometer vor Saalfeld von der Polizei angehalten und kontrolliert. Die Polizei setzte dabei Reizgas ein. Über 120 Menschen wurden festgenommen und in das stillgelegte Gefängnis Unterwellenborn gebracht.

Bereits im Oktober vergangenen Jahres wurde in Saalfeld demonstriert, nachdem Neonazis mit Unterstützung der Stadtverwaltung versucht hatten, in der thüringischen Stadt ein „Nationales Jugendzentrum" aufzubauen. Die Demonstration war seinerzeit verboten worden und die Polizei versetzte die Stadt mit einem gewaltigen Aufgebot in den Belagerungszustand. Damals wurden 400 angereiste DemonstrantInnen in dem ehemaligen Unterwellenborner Gefängnis festgehalten.

Während am 14.3. 3000 PolizistInnen und GrenzschützerInnen linke AntifaschistInnen behinderten, schützten 500 BeamtInnen die 150 an einer Gegenkundgebung teilnehmenden Faschisten.

(nach einem Artikel aus der jungen welt, 16.3.98)

Stand: 26.3.1998 23.00 Uhr

Wandelt Wut & Trauer in Widerstand!
Am 26.3. wurde in Saal ıe 14jährige Antifaschistin in Saalfeld det.
Keine zwei Wochen nacn uei Antifa-Demo in Saalfeld wurde heute eine 14jährige Antifschistin von einem 15jährigen Jungnazi auf offener Straße brutal erstochen. Am 26.3. kam es deshalb in Saalfeld zu einer Spontandemonstration mit ca. 200 TeilnehmerInnen. Ein Polizeiaufgebot sei unterwegs, sagte der leitende Oberstaatsanwalt Arndt Koeppen in Gera am Donnerstag abend. Ein politischer Hintergrund der Tat könne nicht ausgeschlossen werden, stehe aber auch noch nicht fest. Der Tatverdächtige sei bislang nicht der rechten Szene zuzuordnen. Er sei noch nicht zum Tatmotiv vernommen worden. Das "Bündnis gegen Rechts" in Saalfeld teilte mit, daß die am Nachmittag erstochene 14jährige zum Umfeld der linksalternativen Szene gehört habe, während der 15jährige Tatverdächtige ein stadtbekannter Nazi sei. Dagegen sagte Thüringens Verfassungsschutz- Präsident Helmut Roewer, er könne nicht bestätigen, daß der Tatverdächtige aus der rechten Szene stamme. Er sei dort unbekannt. Der 15jährige sei aber in psychiatrischer Behandlung gewesen. Das Mädchen war am Donnerstag nachmittag in Saalfeld mit mehreren Stichen in den Hals getötet worden. Nach Angaben der Polizei ist ein 15jähriger Tatverdächtiger rund eine Stunde nach der Tat festgenommen worden. Das Mädchen starb auf dem Weg ins Krankenhaus."

Nach unseren Informationen handelt es sich bei dem 15jährigen um ein JN-Mitglied names Mrachewsky, diese Informationen sind jedoch bisher noch nicht bestätigt.

Gegen einen identitätsintellektuellen Verdrängungszusammenhang

In die äußerst spannende Debatte um Sexualität, Identität Macht und die richtige und falsche Politik[1], möchte nun auch ich eine weitere Schleife einfädeln. Denn es gibt da was, das macht mich schon die ganze Zeit recht unruhig, nämlich der Umgang akademischer linker Schlaumänner mit ihrem eigenen blinden Fleck.

Vorher will ich mich aber dennoch in dem laufenden Streit positionieren[2]:

1) Ich finde die Arranca Nr.8 inhaltlich überwiegend schlecht im Sinne von unreflektiert, unsensibel und ungenau in Bezug darauf, welche Texte und Bilder zur Sprache gebracht worden sind.[3]

Die Idee, dem „sexualmoralischen Verdrängungszusammenhang" etwas entgegenzusetzen und zu versuchen, Sexualität aus der Zerrissenheit von beliebig/privat („da darf öffentlich gemischtgeschlechtlich nicht drüber geredet werden, sondern nur privat") und dogmatisch/poltisch („gegen die verschiedenen Stufen der Gewalt hilft nur eine repressive Stimmung"[4]) herauszuholen und damit so diskutierbar zu machen, wie es dem Thema angemessen ist - verwickelt, differenziert, widerspruchsvoll - finde ich hingegen äußerst begrüßenswert.



2) Die Entscheidung der meisten Frauen aus dem Schwarzmarkt, die Arranca zu boykottieren, fand ich falsch, da ich dahinter den Wunsch vermute, bzw. diesen Frauen unterstelle, dieses Thema („erstmal" für alle Zeiten) zu verhindern und undiskutierbar zu machen. Für mich liegt diesem Boykott der Wunsch nach Zensur (=dauerhafter Abbruch mit den dafür notwendigen Herrschaftsmitteln) zu Grunde und nicht der Wunsch nach Anstoß zur Kommunikation: das finde ich antiemanzipatorisch und daher ablehnenswert.[5] Dennoch gab es eine lange Begründung und damit dann doch einen Anstoß zum Streit (auch wenn dieser Streit im folgenden wieder von den Schwarzmarkt-Frauen behindert wurde). Dieser Widerspruch wurde selbst von den betreffenden Frauen reflektiert („eigentlich müßtet ihr uns vertrauen, aber trotzdem erklären wir jetzt unser Vorgehen"[6]): immerhin.

3) Die Kritik der Unglücklichen mit ihrem Paul und Paula Papier teile ich inhaltlich zum großen Teil. Ihr Verdienst ist es, endlich die seit 15 Jahren andauernde Auseinandersetzung innerhalb feministischer Theorie, wie sie im (vor allem im US-amerikanischen und englischen) akademischen Bereich geführt wurde und wird, in die linksradikale, autonome, gemischte bundesdeutsche Szene zu tragen.[7] Dass das zum Knall mit der bestehenden Politikpraxis geführt hat, war ja auch irgendwie klar - gut so!

Schade nur, dass sich die Unglücklichen mit ihrer Kritik nicht auch selbst ins Visier nehmen. Dazu später mehr.

4) Die zahlreichen Beiträge, die folgten, zeigten, dass die sicher ziemlich theorielastige Debatte um Identität, Macht, Politik und Emanzipation auf einen fruchtbaren und gut vordiskutierten Boden fiel - weiter so!

5) Das Papier der Unmündigen ist ganz furchtbar (jetzt objektivier ich doch mal)- inhaltlich wurde dazu schon treffend Stellung bezogen. Zuzufügen wäre höchstens noch, dass ich euch für sehr mündig halte und eure Politik nicht albern finde. Ganz im Gegenteil nehme ich euch ernst in dem was ihr sagt und schreibe euch auch die ganze Verantwortung dafür und für alle Konsequenzen eures Handelns zu.

Jetzt zu dem Punkt, der mich ärgert. Ständig wird in der Debatte auf dem „Identitätsfeminismus" rumgehackt. Obwohl ich die Kritik grundsätzlich weitgehend richtig finde, bleibt doch die Frage, woher diese Identitätspolitik kommt und - noch wichtiger - ob das denn der einzige identitäre, vergeschlechtliche Machtvektor ist, der uns „plagt"? Beim Lesen vieler Schlaumänner-Texte könnte man(n) durchaus diesen Eindruck gewinnen.

Aber habt ihr[8] keine männliche Identität? „Nein!" hör ich sie rufen. Aber was seid ihr dann? Worauf gründet sich eure Existenz?

Tatsächlich verkündet keiner dieser (autonomen) Männer explizit irgend eine Art von männlicher Identität (außer vielleicht unsere MRT-geplagten „Brüder" der neuen Männerbewegung). Aber dazu sind sie auch nicht gezwungen, denn darauf baut der moderne Geschlechterdiskurs schließlich auf. Er setzt für Mann = Mensch, das ist das Normale. Und der Mensch? Er denkt, also ist er: autonomes Subjekt, mit sich selbst identisch, ganz Geist statt Körper, einfach nur Mensch, ganz universell und höchst harmlos.

Aber das „Ich", das hier diese Zeilen schreibt, ist nicht autonom und sich seiner selbst bewußt, sondern genauso dem Diskurs unterworfen, der es sprechen läßt. Und dieser (patriarchale) Diskurs baut auf dieses halluzinierte unabhängige „Ich" auf und bestätigt es in jedem seiner strammstehenden Zeichen, seinem phallischen Zeichensystem. Darin wähnt sich der Mann frei, denn er wird von diesem Diskurs bestätigt und getragen. Das ist seine Identität! Und sie baut auf Ausschlüsse auf: Ausschlüsse von Frauen oder von dem „anderen", dem nicht-signifizierten im modernen Geschlechterdiskurs[9].

Klar, der Diskurs schafft auch Frauen, so wie er Männer schafft - immer schön als sich ausschließende Gegensätze. Aber für Frauen ist dieser Diskurs widersprüchlich: er nimmt sie zwar gefangen in seinem Sprechen und seinen Effekten und schafft damit eine weibliche Identität. Gleichzeitig schließt er Frauen aber auch aus dem

Diskurs aus: sie werden nicht (nur) vom Diskurs getragen, sondern (auch) verneint, unsichtbar gemacht, zum Schweigen gebracht. Nur daher kommt doch die explizit offensiv vertretende feministische Identität: sich zum Sprechen (und Handeln) zu bringen, *gegen* einen Diskurs[10], der Weiblichkeit in Negation definiert: als Passive, Natur, Körper im Gegensatz zur Konstruktion männlicher Kultur, Aktivität und Intellektualität.

Dennoch finde auch ich die Strategie einer Identitätspolitik in Sachen Geschlecht (und nicht nur da) nicht weiterführend, da sie in einem Zweigeschlechtersystem nicht viel zur Auswahl hat und in jedem Fall dieses System weiter stärkt, anstatt es zu demontieren (oder dekonstruieren). D.h. wer und welche den Geschlechterantagonismus weiter postuliert, zurrt diesen Diskurs fest. Übrig bliebe dann nur eine mögliche (und von einigen bestimmt gewollte) Herrschaftsverschiebung innerhalb der alten Koordinaten, die dann zwar nicht mehr so hieße und auch allgemein nicht befreiender wäre, aber mal die andere Hälfte der Menschheit in die Lage setzen würde, ordentlich unterdrücken zu können.

Mein Plädoyer stattdessen: geschlechtliche (und andere) Identitäten abzulehnen, zu hintergehen, ad absurdum zu führen, versuchen, anders zu denken, zu vermischen.[11] Perspektivisch könnten wir so aus dem dualistischen Denksystem, auf dem alle (mir bekannten) Herrschaftsmodelle basieren, zu Gunsten einer ausdiffundierenden, fragilen Identitätenlandschaft gelangen.

Dafür reicht es aber nicht, auf eine bestimmte Fraktion des. Feminismus einzudreschen und sich selbst als schon dekonstruiert verkaufen zu wollen bzw. sich selbst außerhalb des Diskurses zu halluzinieren. Ich red jetzt nicht für Männergruppen, sondern für eine Diskussion und kritische Selbstreflexion über die eigenen Ausschlußpraktiken, die eigenen Phantasmen vom freidenkenden Individuum; kurz den unausprechlichen, gut verschleierten, fast (für Männer) unsichtbaren *Identitätsmaskulinismus*. Das ist mehr, als „antipatriarchale Verhaltensforschung" nach dem Motto: „Du, damit mußt Du dich aber echt mal auseinandersetzen", oder dem Regelwerk, wie sich ein Genosse auf dem Plenum und im Bett zu verhalten hat.

Wer sagt, er hätte keine männliche Identität, ist dem patriarchalen Diskurs voll aufgesessen.

Die (wenn auch richtige) Kritik an ausschlußproduzierenden Identitäten von manchen Frauen wird dann schal und stumpf. „Was wollt *ihr* denn stattdessen und welche (Denk- / Fühl-)Praxis habt *ihr*?" wäre meine Frage an die Unglücklichen und die Buben Huckleberry & Finn, Sven Glückspilz und an die anderen. Ein Bezug auf die Theorie der Dekonstruktion, bei der ihr euch selber rausnehmt wird nicht akzeptiert!

Kater Karlo



1 Auch bekannt als die „Fußnotendebatte"
2 Auch ich hab Angst, von den falschen vereinnahmt zu werden.
3 Schade, dass darüber nie geredet werden konnte
4 Alle Zitate stammen von meinen PappkameradInnen, die mir im Kopf herumgehen.
5 Als dritte Möglichkeit muss noch die Angst genannt werden, im Streit hoffnungslos unterzugehen: ein sehr legitimer Grund.
6 Sinngemäß aus der Eklärung „Transparenz in der Zensur" der SchwarzmarktFrauenLesben
7 Im Gegensatz zur Meinung, Feminismus geht nur Frauen was an, verstehe ich Feminismus als Gesellschaftstheorie und somit mich als Teil davon
8 Autoren dieser Texte und weitere Pappkameraden
9 Grüße an meine schwulen Pappkameraden, die sich schon die ganze Zeit beschweren, in dieser ganzen Heteroklamotte wieder mal unsichtbar gemacht zu werden.
10 Aber eben auch leider *mit* ihm
11 Das geht klarerweise nur da, wo nicht sofort die feindliche Identität auf ihre Chance lauert. Diese Angst finde ich sehr berechtigt und real und es muß genau geschaut werden, wo sie zutrifft (gelle Paul? (nicht Paula)). Aber auch genau sein, wo diese Haltung lediglich ein biologistisches Bild festschreibt, daß hinter jeder öffentlichen Diskussion den natürliche Drang von Männern nach einem Rollback sieht.



Was tun, wenn's feiert?

Ideen zur Füllung des 3.10. mit linken Inhalten

Dieser Text bezieht sich auf einen Diskussionsbeitrag der RAK, der in der RAZZ Nr.98 veröffentlicht wurde. Darin heißt es u.a. „... Es ist in hohem Maße kontraproduktiv, wenn die radikale Linke sich laufend auf die von den Herrschenden gesetzten Termine stürzt, um dann reflexartig Protest anzumelden. Schon gar nicht im geringsten weiterführend ist es, wenn sich für einen Tag Action an so einem Datum fast ein ganzes Jahr vorbereitet und getroffen werden muß. Wenn es Gruppen gibt, die aus ihrer alltäglichen Arbeit heraus in der Lage sind, dazu etwas zu sagen und noch sinnvoll finden an so einem Tag, dann braucht es keine monatelangen Vorbereitungen dazu. Gibt es sie nicht, kann dazu unter dem Zeitdruck auch nichts mehr erarbeitet werden, was sich lohnen würde darzustellen. Wenn die Linke nicht in der Lage ist, auf solche Termine sozusagen en passant zu reagieren, so muß sie es lassen. Es gibt Wichtigeres zu tun. (...) So ist vorauszusehen, daß der gewisse Tag einen wohlbekannten Verlauf annehmen wird: die Herrschenden setzen einen Termin an; die Empörung über diese Unverschämtheit ist groß; da muß man doch was tun (es bleibt keine Wahl); (...) es wird sich getroffen und gezankt, was angesichts dieses Szenarios zu tun sei; das Wohlbekannte Sammelsurium an Widerwärtigkeiten in diesem Land wird zu Papier gebracht und möglichst weit in die linken Zusammenhänge verschickt; (...) die Restlichen treffen auf ein an diesem Tag natürlich zahlreich erschienenes bestens vorbereitetes Bullenkontingent; es gibt die üblichen Verhaftungen, Übergriffe, Rechtsbeugungen etc. seitens der Bullen; die Linke ruft zur Solidarität auf; das Spiel ist vorbei, die Beteiligten bereiten sich auf das nächste vor. Das Ereignis bleibt isoliert und gesellschaftlich komplett wirkungslos. Dieser ritualisierte Politikansatz der Linken mit seiner Fixierung auf die Termine der Herrschaft führt uns weiter in das theoretische und praktische Abseits."



Wir sind eine der Gruppen, die sich Gedanken zum 3. Oktober gemacht und diese in Hannover vorgetragen haben.

Wir halten die von der Roten Aktion Kornstraße in der RAZZ aufgebrachte Frage nach dem Umgang der (radikalen) Linken mit staatlich verordneten Gedenktagen für wichtig: Die derzeitigen politischen und zahlenmäßigen Machtverhältnisse erlauben es kaum, daß wir Linke die Gesellschaft dazu bringen, sich mit unseren Inhalten und Handlungen auseinanderzusetzen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Linke rennt den gesellschaftlichen Entwicklungen allzu oft hinterher und versucht mühsam, einen Umgang mit gegebenen Realitäten zu finden.



Wenn »Reflexe« (die nach der Definition unterhalb der Bewußtseinsebene ablaufen) das einzige wären, was wir zur Zeit hervorzubringen imstande sind, so ist in der Tat Kritik an unserer politischen Praxis angebracht. An der bloßen (militanten oder sonstwie) Ablehnung eines nationalistischen Feiertages lassen sich mit Sicherheit keine konstruktiven linken Perspektiven entwickeln.

Es muß uns also offensichtlich um mehr gehen: Auf der Basis einer realistischen Einschätzung unserer Kräfte und des politischen Handlungsspielraumes sollten wir bewußt auf die gegebenen Realitäten reagieren, linke Positionen formulieren und an einer gemeinsamen Strategie arbeiten.

Für uns ist es gerade wichtig, den Staatsfeierlichkeiten und Lobeshymnen auf die Nation unsere Inhalte entgegenzusetzen, deshalb wollten wir auch möglichst frühzeitig darüber diskutieren, in welcher Form das geschehen kann. Im übrigen hat es seit der Einführung dieses Feiertages an diesem Termin immer wieder inhaltliche Diskussionen und Aktionen gegeben, an denen sich Linke aus verschiedenen Regionen und unterschiedlichen Ausrichtungen beteiligt haben.

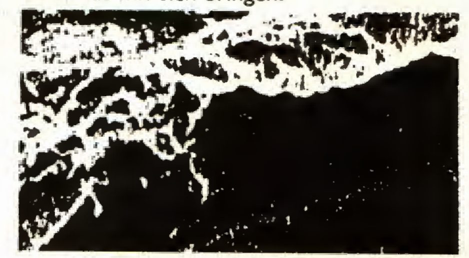
Warum »dritter Oktober«?

Der 3. Oktober ist ein Kristallisationspunkt der herrschenden Realität, gegen die wir Widerstand leisten müssen.

Der 3. Oktober, der Tag an dem der deutsche Einigungsvertrag in Kraft getreten ist, markiert mehr als nur ein innenpolitisch relevantes Datum. Er symbolisiert ebenso außenpolitische Umwälzungen.

Der Wegfall der Systemkonkurrenz durch die Staaten des Warschauer Paktes hat innen- und außenpolitisch dem BRD-Staat neue Handlungsspielräume eröffnet.

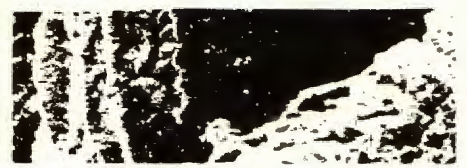
»Unbequeme« Maßnahmen im Zuge der Neoliberalisierung der Gesellschaft, wie der Abbau des Sozialstaates, werden reibungsloser vollzogen, denn die BRD muß sich nicht länger als Schaufenster des »freien Westens« präsentieren, in der es »Wohlstand für Alle« geben soll. Im globalen Wettbewerb um den unternehmerfreundlichsten Standort sind inzwischen fast alle Mittel erlaubt. Zum Erhalt des sozialen Friedens wird nach der Demontage des Sozialstaates auf die »kostengünstigeren« Alternativen Gemeinwohl und nationale Identitätsstiftung zurückgegriffen, die Ausgrenzung, Rassismus und Neofaschismus mit sich bringen.



Außenpolitisch sind Rahmenbedingungen geschaffen worden, die der BRD weltweit ein »neues« und »selbstbewußteres« Auftreten ermöglichen, das erst nach den Ereignissen von 1989/90 so denkbar geworden ist. Aufgrund ihrer Wirtschaftsmacht und mit jetzt 80 Millionen EinwohnerInnen scheint der BRD-Staat den früheren Siegermächten England und Frankreich überlegen zu sein und die EU zu dominieren. Die Europäische Union wiederum schickt sich ihrerseits an, die USA und Japan in ihrer wirtschaftlichen Führungsposition abzulösen.

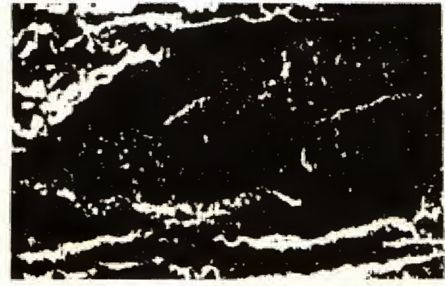
Zu diesem machtpolitischen Kalkül gehört der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und ihre Aufrüstung mit dafür spezialisierten Waffen, aber auch das Bemühen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Das »neue« Nationalgefühl der Deutschen bedarf selbstredend auch weiterhin einer



Feindbildbestimmung: Rechtsextreme Positionen sind heute nicht mehr nur im rechten Lager anzutreffen, sondern reichen weit in das hinein, was früher als »liberale Öffentlichkeit« für uns auch noch ansprechbar war. Seit der Annexion der DDR haben die rechtsextremen Parteien zunehmend Schwierigkeiten, sich von der Sozialdemokratie abzugrenzen, und das liegt nicht daran, daß sich die Positionen der Rechten geändert haben.

Gerade an diesem 3. Oktober treffen in Hannover mehrere Ereignisse zusammen: Zum einen ist Schröder vermutlich eine Woche zuvor zum Kanzler gewählt worden und wird sich in »seiner« Stadt gebührend feiern lassen wollen, zum anderen steht die Expo kurz bevor, deren Vorbereitung inzwischen auf Hochtouren läuft, und schließlich wird noch der



»Nationalfeiertag« an sich gefeiert. Gerade um nicht nur »inhaltlose Parolen« auf die Straße zu tragen, sondern um Widerstand gegen die herrschende Meinung sichtbar zu machen, wollten wir frühzeitig mit einer inhaltlichen Vorbereitung beginnen. Unsere Befürchtung ging nämlich genau dahin, daß es sonst zu einer der mehr oder weniger schlecht vorbereiteten Demos kommt, auf der ein paar Parolen gerufen werden und dann alle wieder nach Hause fahren, ohne irgendeine inhaltliche Auseinandersetzung geführt zu haben.

Mögliche Gegenveranstaltungen

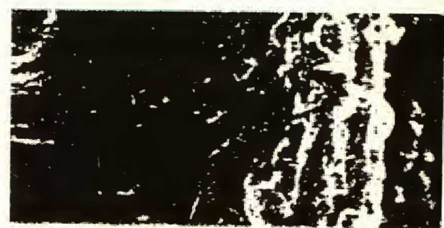
Wie stellen wir uns die konkrete Vorbereitung vor? Unsere Idee geht dahin, mit möglichst vielen Städten/Gruppen in Kontakt zu treten und gemeinsam eine Veranstaltungsreihe durchzuführen. Jede Gruppe sollte zu einem Thema eine Veranstaltung planen und darin einen Bezug zum 3. Oktober herstellen. Diese Veranstaltungen würden dann auf Tour gehen, d.h. möglichst jede Gruppe macht »ihre« Veranstaltung in jeder mitarbeitenden Stadt, so daß eine Reihe von »Mobilisierungsveranstaltungen« unter einem Motto in vielen Städten stattfindet. Das hätte einen Vorteil: Es gibt eine größere Veranstaltungsreihe unter dem Motto »3. Oktober«, bei der sich die einzelnen beteiligten Gruppen aber nur in ein Thema einarbeiten müßten. Damit ist der Aufwand durchaus überschaubar.

Das Ergebnis dieses Diskussions- und Austauschprozesses wollen wir ausdrücklich nicht vorweggenommen sehen. Wenn im Laufe des Sommers deutlich wird, daß mögliche Veranstaltungen in Hannover nur reflexhafte Handlungen wären, dann könnte das Ergebnis der Diskussion sein, daß es keine Aktionen unsererseits gibt. Aber diese Diskussion muß erst einmal geführt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt fänden wir es wünschenswert, wenn am 3. Oktober nicht nur eine große und kraftvolle Demo zustande kommt, sondern an dem »langen Wochenende« (2.-4.10.) auch zahlreiche Arbeitsgruppen zu den Themen der Veranstaltungsreihe diskutieren würden.

Im Idealfall wäre das Ergebnis ein möglichst breiter und intensiver inhaltlicher Austausch, der bundesweit Diskussionen, Vernetzungen und Aktionen nach sich zieht. Vielleicht können wir so das »schwammige Sammelsurium von allem Schlechten in diesem Staat« mit Inhalten füllen.

Uns kommt es also nicht darauf an, um jeden Preis am 3. Oktober eine Demo in Hannover abzuhalten, sondern einen Diskussionsprozeß zu initiieren. Und der soll sich nicht an Technix orientieren, obwohl die natürlich auch besprochen werden müssen. Wir wollen keine isolierte Demo um der Demo willen.

Bis wir den Text in der RAZZ gelesen



hatten, wußten wir leider nicht, wie weit die Diskussion um den 3. Oktober schon gediehen war. Die RAK vertritt dort insofern unsere Position, daß sie ebensowenig wie wir nur eine »Pflichtdemo« abhalten will. Der Schluß, den die RAK aus diesen Gedanken zieht, erscheint uns aber etwas einfach. Bevor mensch Gegenveranstaltungen zum 3. Oktober ganz ausfallen läßt, sollte mensch sich noch überlegen, ob es wirklich nur die Alternative - »Keine Aktion« oder »reaktive Pflichtdemo« - gibt. Ein Konzept wie das unsere scheint die RAK mit der Begründung einer zu langen Vorbereitungszeit abzulehnen.

Obwohl uns nur 6 Monate bis zum 3. Oktober bleiben, würden wir auch noch jetzt gerne mit anderen Gruppen über ein konkretes Vorgehen oder auch Nicht-Vorgehen um und am 3. Oktober in Hannover oder anderswo in eine Diskussion einsteigen, das Für und Wider erörtern und eine gemeinsame Linie finden.

Aus dem Abseits eine Gasse finden!!!

Bis dann,

Antifa Planten un Blomen
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46a
20357 Hamburg



Lübeck - Testballon der Faschisten?

Zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 22.3.98 trat in Lübeck das „Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) an als Sammelbecken von Krawatten- und Stiefelnazis aus NPD, DVU, der verbotenen „Nationalen Liste", u.a. Als Wahlkampfveranstaltungen, die nur schwer verboten werden können, wurden vom BRL zwei Demos in Lübeck angemeldet, einmal am 31.1. im Stadtteil Moisling, zum anderen am 14.3. in der Altstadt.

31.1.: Antifa verhindert rechten Marsch

Nach einem juristischen Tauziehen zwischen Stadtregierung und BRL wurde die Nazi-Demo am Mittag des 31.1. nach anfänglichem Verbot vom Verwaltungsgericht zugelassen. Sobald das Schleswiger Gerichtsurteil verkündet war, unternahm die mit fünf Hundertschaften präsente Polizei alles, um den Weg für die Nazis freizumachen. Auf einem Autobahnparkplatz in Hamburg-Stapelfeld warteten zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Stunden etwa 150 Nazis in drei Bussen und mehreren PKW's. Bei den Nazis handelte es sich größtenteils um Kader und Anhänger der militanten Neonazi-Szene aus Hamburg, Bremen und anderen norddeutschen Städten. Dabei waren u.a. die einschlägig bekannten Nazi-Funktionäre Christian Worch und Thomas „Steiner" Wulff, beide aus Hamburg. Dieser Konvoi setzte sich mit einer starken Polizeieskorte in Richtung Lübeck in Bewegung.

In Moisling hatten etwa 600 Menschen an der angemeldeten Antifa-Kundgebung des „Bündnis gegen Rassismus" teilgenommen. Nachdem diese um 12 Uhr den Auflagen gemäß aufgelöst werden mußte, bemühte sich die Polizei, mit allen Antifa-Aktivitäten im Stadtteil aufzuräumen. Bis auf einen kleinen Bereich vor dem Kulturhaus, in den sich die AntifaschistInnen zurückziehen durften und der von starken Polizeiketten abgeriegelt wurde, wurde versucht, jede Antifa-Regung in Moisling rigoros zu unterbinden.

Dennoch gelang es einer Gruppe von knapp hundert überwiegend aus Kiel kommenden AntifaschistInnen, eine Kreuzung auf der einzigen noch möglichen Zufahrtsstraße der Nazis zwischen Moisling und Niendorf besetzt zu halten. Sie wurden jedoch gegen 15 Uhr von einer Hundertschaft eingekesselt, einzeln aus dem Kessel herausgezerrt und in Gewahrsam genommen. 82 TeilnehmerInnen durften dann den Rest des Nachmittags in einem als provisorische Massenzelle dienenden abgetrennten Bereich des Parkdecks des Lübecker Behördenhochhauses verbringen, über zwanzig von ihnen ließ man auch einfach die ganze Zeit über in geparkten unbeheizten Polizeibussen sitzen. Zwei Personen wurde „Körperverletzung" vorgeworfen, weil sie sich gegen einen Angriff von Nazi-Skins zur Wehr gesetzt hatten.



Die Nazis gelangten schließlich über genau den zuvor blockierten Weg etwa zwei Stunden nach dem geplanten Beginn ihres Aufmarsches nach Moisling. Dort konnten sie jedoch nur relativ kurz auf einem Platz herumstehen und zu einer Kundgebung Aufstellung nehmen.

Etwa hundert Meter und zwei Polizeiketten weiter in Moisling am Sterntalerweg hatte inzwischen eine Gruppe von etwa fünfzig AntifaschistInnen, überwiegend Moislinger jugendliche MigrantInnen, eine kleine Barrikade aus Müllcontainern und Müllsäcken errichtet und angezündet, um einen Nazi-Marsch nach Moisling zu behindern.

Bürgermeister Bouteiller nahm dies in Absprache mit Polizeichef Hüttmann zum Anlaß, den Nazi-Aufmarsch erneut zu verbieten, da die öffentliche Sicherheit im Stadtteil gefährdet sei.

So stiegen denn die Nazis noch vor 17 Uhr wieder in ihre Fahrzeuge und verließen Moisling auf demselben Weg, auf dem sie gekommen waren.

(Quelle: „Gegenwind" Nr. 114, März 98)

14.3.: Polizei macht den Weg frei

Für den 14.3. war dem BRL statt der beantragten Route durch die Altstadt von der Polizei eine Route durch die Nordstadt zugewiesen worden. In der Altstadt fand eine genehmigte Gegendemonstration des „Bündnisses gegen Rassismus" mit 700 TeilnehmerInnen statt., von denen es einem Teil anschließend gelang in die Nordstadt zu ziehen, obwohl die Polizei die Brücken dorthin kontrollierte. Gegen 13 Uhr sammelten sich 300 Nazis auf dem ihnen zugewiesenen Stadion-Parkplatz (mit eigenem Autobahn-Zubringer), wiederum unter Führung von Worch und Wulff. Trotz massivem Polizeiaufgebot gelang es Antifas, Barrikaden aus Brettern, Autoreifen und Autoanhängern auf der geplanten Nazi-Route zu errichten. Die Polizei nahm daraufhin möglichst alle Menschen zwischen 16 und 30 Jahren in Gewahrsam *(gibt auch Antifas jenseits der 30iger-Grenze! d.Setzer)*, die sich entlang der Demoroute aufhielten und „verdächtig", d.h. wie potentielle ProtestiererInnen, aussahen. 400 Menschen wurden so schließlich ins Behördenhochhaus verschleppt und erst am Abend freigelassen. Gegen einige AntifaschistInnen laufen Verfahren wegen Körperverletzung.

Die Nazi-Demo selber fand unter massivem Polizeischutz verspätet, aber nahezu ungestört, wie geplant statt. Eine Sitzblockade durch Antifas auf dem Kundgebungsplatz wurde von der Polizei brutal aufgelöst.

Vorläufiger Schlußpunkt

Bei der Kommunalwahl am 22.3. errang das BRL über 3% der Stimmen.



Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de




Imbiß International

Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)



BUCHHANDLUNG IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
20357 HAMBURG
TEL 040/4300808
FAX 040/4301637

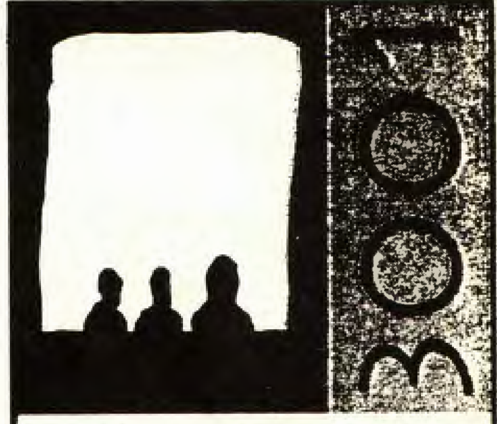
KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG
TEL 040/4300888
SPIELE 040/4396832
FAX 040/433811

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30 Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos



Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

flora im april



freitag 03. April	anti-atom-soli mit umfangreichem programm: 18.30 uhr castor nachbereitung 21.00 uhr konzert mit „nutrasweet“, „roving bottles“, „zwischenruf“ ab 2.00 uhr goa-party mit dj gregor
samstag 04.april	soundclash mit „level vibes“ + „hammerheart“ 22.00 Uhr
donnerstag 09.april	reunion latina 21.00 uhr
freitag 10.april	punk-festival ab 21.00 uhr große halle drum & bass ab 22.00 uhr basement
samstag 11.april	fortsetzung punk-festival 21.00 uhr große halle
ostereiersonntag 12.april	vollmond und orchester 21.00 uhr
ostereiermontag 13.april	„klub der kulturell verunsicherten“ 22.00 uhr techno für kulturell eingeschüchterte mit überraschung!
donnerstag 16.april	konzert mit „bad habbits“ + „nnp“ 21.00 uhr
freitag 17.april	klub der guten hoffnung aus hannover gastiert in der flora mit „systemhysterie“, „willkommen zu hause laika“ und „barbara morgenstern“! 21.00 uhr große halle
samstag 18.april	soli-veranstaltung für cuba, bitte ankündigungen beachten!
Mittwoch 22.april	soli-konzert mit „les robespierres“ + „looney tunes“ 21.00 uhr, große halle
samstag 25.april	dieser termin wurde bei redaktionsschluß noch ausdiskutiert, kurzfristige ankündigung beachten!